

# Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

## Protokoll

### Sitzung des Jugendhilfeausschusses

---

**Sitzung:** Dienstag, 01.10.2024

**Ort:** Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

**Beginn:** 15:00 Uhr

**Ende:** 18:00 Uhr

---

#### Anwesend

##### Vorsitz

Frau Annette Schütze - SPD

##### Mitglieder

Herr Martin Albinus - Verwaltung

Herr Felix Bach - B90/GRÜNE

Herr Frank Flake - SPD

Herr Bastian Swalve - SPD

Herr Thomas Fietzke - CDU

Frau Antje Maul - CDU

Frau Bianca Braunschweig - B90/GRÜNE

Frau Dr. Elke Flake - B90/GRÜNE

Frau Sabine Bartsch - BIBS

Frau Michaline Saxel - Die FRAKTION. BS

Herr Moritz Wilhelm - FDP

Frau Anneke vom Hofe - AfD

Frau Susanne Hartmann-Kasties - Träger der freien Jugendhilfe

Herr Dr. Marcus Kröckel - Träger der freien Jugendhilfe

Frau Nicole Kumpis - Träger der freien Jugendhilfe

Frau Petra Kusatz - Träger der freien Jugendhilfe

Frau Lea Weigand - B90/GRÜNE

Frau Ulrike Adam – Stellv. Gleichstellungsbeauftragte

Frau Tatjana Alex - Vertreterin Polizei

Frau Sindy Beister - Vertreterin Stadtelternrat

Frau Carola Ehlers - Vertreterin der Lehrkräfte Sportjugend

Herr Holger Ewe - Vertreter der katholischen Kirche

Herr Hakan Kiray - Vertreter der muslimischen Gemeinde

Vertretung für: Frau Ute  
Wasserbauer

Vertretung für: Frau Marion Lenz

Vertretung für: Frau Ines Fricke

Vertretung für: Herrn Florian  
Parkitny

Frau Inés Lampe - Stadtjugendreferent/-in  
Frau Regina Lange - Vertreterin der Lehrkräfte  
Herr Sören Meier - Vertreter junger Arbeitnehmer/Innen  
Herr Michel Winckler - SPD  
Herr Dieter Stadel – Vertreter evang. Kirche

Vertretung für: Frau Anita Adolf

### **Verwaltung**

Frau Dr. Christina Rentzsch - Dezernentin V  
Frau Melanie Esters - Verwaltung  
Herr Ulf Niehaus - Verwaltung  
Frau Kathrin Binnewies - Verwaltung  
Frau Petra Heuer - Verwaltung  
Frau Corinna Knerich - Verwaltung  
Herr Frederic Machura - Verwaltung  
Frau Franziska Meyer-Lantzberg -  
Frau Martina Müller - Verwaltung  
Frau Denise Preis - Verwaltung  
Frau Andrea Streit - Verwaltung  
Frau Susanne Kundolf - Verwaltung

### **Protokollführung**

Frau Nina Hofmann - Verwaltung

## **Abwesend**

### **Mitglieder**

Frau Ghislaine Sandrine Bakoben - CDU	abwesend
Herr Martin Fuchs - Träger der freien Jugendhilfe	entschuldigt
Frau Sarah Mick -	entschuldigt
Frau Ute Wasserbauer - B90/GRÜNE	entschuldigt
Frau Anita Adolf - Vertreterin der evangelischen Kirche	entschuldigt
Frau Türkan Deniz-Roggenbuck -	abwesend
Frau Magdalena Duckwitz - Jugendrichterin	abwesend
Frau Ines Fricke - Vertreter/-in der Polizei	entschuldigt
Frau Tiana Kruskic - Vertreterin ausl. Kinder und Jugendliche	entschuldigt
Frau Marion Lenz - Gleichstellungsbeauftragte	entschuldigt
Herr Florian Parkitny - SPD	entschuldigt
Herr Volker Riegelmann - Jugendring Braunschweig e. V. (JURB)	entschuldigt

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil:

- |       |  |             |
|-------|--|-------------|
| 1     | Eröffnung der Sitzung  |             |
| 2     | Ständiger TOP: Fachkräftmangel   |             |
| 3     | Mitteilungen   |             |
| 3.1   | Mündliche Mitteilungen   |             |
| 4     | Anträge  |             |
| 4.1   | Änderungen der Regeln in der Kindertagespflege beim Übergang von Kindertagespflege in Kindertagesstätten und bei der Eingewöhnungszeit / Aufnahme in die TO der Sitzung des JHA am 1. Oktober 2024 | 24-24410    |
| 4.1.1 | Änderungen der Regeln in der Kindertagespflege beim Übergang von Kindertagespflege in Kindertagesstätten und bei der Eingewöhnungszeit / Aufnahme in die TO der Sitzung des JHA am 1. Oktober 2024 | 24-24410-01 |
| 4.2   | Weiterentwicklung des kommunalen Handlungskonzeptes Kinderarmut  | 24-24411    |
| 5     | Doppelhaushalt 2025/2026 / Investitionsprogramm 2024   | 24-24418    |
| 5.1   | Doppelhaushalt 2025/2026 / Investitionsprogramm 2024   | 24-24418-01 |
| 5.2   | Doppelhaushalt 2025/2026 / Investitionsprogramm 2024   | 24-24418-02 |
| 6     | Anpassung der AVB in der Kindertagespflege   | 24-24380    |
| 7     | Anfragen   |             |

## **Protokoll**

### **Öffentlicher Teil:**

#### **1. Eröffnung der Sitzung**

Die Ausschussvorsitzende Frau Schütze eröffnet die Sitzung um 15:00 Uhr, begrüßt die anwesenden Teilnehmer zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Frau Adam erläutert kurz die von Ihr ausgeteilte Dokumentation des Equal Care Day.

Das Protokoll der Sitzung vom 15.08.2024 wird einstimmig genehmigt.

**Abstimmungsergebnis: ja: 13      nein: 0      Enthaltungen: 0**

#### **2. Ständiger TOP: Fachkräftmangel**

Herr Albinus berichtet zum Fachkräftmangel. Das Kultusministerium hat mitgeteilt, dass das Rahmencurriculum „Gruppenleitung Ü3 – 600 Stunden Weiterqualifizierung für die befristete Wahrnehmung von Gruppenleitungsaufgaben in Kindertageseinrichtungen“ veröffentlicht wurde, leider stehen weiterhin zunächst keine Qualifizierungsangebote bereit, da Angebote nun erst auf der Grundlage des Rahmencurriculums durch die Bildungsträger geplant werden können.

Gespräche mit den Fachschulen vor Ort sollen mehr Klarheit bringen.

#### **3. Mitteilungen**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

##### **3.1. Mündliche Mitteilungen**

Es liegen keine mündlichen Mitteilungen vor.

#### **4. Anträge**

##### **4.1. Änderungen der Regeln in der Kindertagespflege beim Übergang von Kindertagespflege in Kindertagesstätten und bei der Eingewöhnungszeit / Aufnahme in die TO der Sitzung des JHA am 1. Oktober 2024 24-24410**

TOP wurde in die TO aufgenommen, auf eine Abstimmung hierüber wurde verzichtet.

Ratsfrau Dr. Flake erläutert den Inhalt und bittet um Diskussion.

Im Anschluss an diese erläutert Frau Streit die gesetzlichen Vorgaben von Bund und Land und weist darauf hin, dass es auch Rahmenbedingungen gibt, die berücksichtigt werden müssen, diese sich aber im Laufe der Zeit ändern können. Sie teilt außerdem mit, dass es keine verschärften Kontrollen durch die Stadt gäbe und die KTPP auch nicht unter Generalverdacht stünden.

Im weiteren Verlauf gibt Frau Streit einen Überblick über den rechtlichen Rahmen bei der Eingewöhnung in einer KTP.

Ende Oktober soll es einen Info-Abend für die KTPP geben.

Das Plenum ist sich darüber einig, dass bei Änderungen auch der Ausschuss informiert werden soll.

Herr Albinus weist darauf hin, dass mit der Email an die KTPP lediglich alle KTPP auf den gleichen Stand gebracht werden sollten, da die Verwaltung immer wieder die gleichen Fragen erreichten.

Es wird sich darauf geeinigt, dass durch die Verwaltung eine Anfrage beim DiJuF gestellt wird, ob ein Kind länger als drei Monate nach dem 3. Geburtstag in der der KTP bleiben kann (z. B. bis zum neuen Kindergartenjahr) oder ob es verpflichtet ist, zu wechseln.

Außerdem soll geprüft werden, ob die Eingewöhnung in der KTP vollumfänglich im Rahmen der zukünftig zu beauftragenden Betreuungszeit finanziert werden kann.

Die genaue Formulierung wird mit Frau Hartmann-Kasties abgestimmt.

#### Antrag:

Zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses (JHA) am 01.10.2024 bitten wir um die Aufnahme eines Tagesordnungspunktes (TOP) „Änderungen der Regeln in der Kindertagespflege beim Übergang von Kindertagespflege in Kindertagesstätten und bei der Eingewöhnungszeit“ gemäß § 49 (2) der Geschäftsordnung vom 16. November 2021 (für den Rat, den VA, die Ausschüsse und die Stadtbezirksräte der Stadt BS).

#### **4.1.1. Änderungen der Regeln in der Kindertagespflege beim Übergang von Kindertagespflege in Kindertagesstätten und bei der Eingewöhnungszeit / Aufnahme in die TO der Sitzung des JHA am 1. Oktober 2024** **24-24410-01**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen

#### **4.2. Weiterentwicklung des kommunalen Handlungskonzeptes Kinderarmut** **24-24411**

*Korrektur: Frau Weigand und Frau Kusatz waren während der Abstimmung abwesend.*

~~Mitwirkungsverbot: Frau Kusatz und Frau Weigand~~

Ratsfrau Schütze und Ratsherr Bach erläutern den Antrag und weisen auf die Anfrage im Rat hin.

#### Antrag:

Die Verwaltung wird gebeten, 2025 das kommunale Handlungskonzept Kinderarmut zu evaluieren und dem Rat das Ergebnis der Evaluation sowie sich daraus ergebende Handlungsempfehlungen vorzustellen.

**Abstimmungsergebnis: ja: 11      nein: 0      Enthaltungen: 0**

#### **6. Anpassung der AVB in der Kindertagespflege** **24-24380**

Der TOP wird vorgezogen.

Auf Hinweis von Ratsfrau Dr. Flake sichert Herr Albinus zu, dass die im Beschluss genannten 30 betreuungsfreien Tage von der Stadt Braunschweig vergütet werden, auch wenn es nicht wortwörtlich im Beschlusstext enthalten ist.

#### **Beschluss:**

Die Allgemeinen Vertragsbestimmungen für die Kindertagespflege in der Stadt Braunschweig - Kindertagespflege - AVB - in der vom Rat beschlossenen Fassung vom 27.

Mai 2014 werden wie folgt geändert:

1. Eingefügt wird § 7a. Dieser wird wie folgt gefasst:

### **§ 7a Betreuungsfreie Zeiten**

Das Angebot einer Kindertagespflegestelle umfasst bis zu maximal 30 betreuungsfreie Tage (bei Ausfallzeiten wie Fortbildung, Urlaub oder Krankheit) pro Kalenderjahr als betreuungsfreie Zeit. Die planbaren betreuungsfreien Zeiten werden den Erziehungsberechtigten durch die Kindertagespflegeperson rechtzeitig bekanntgegeben.

2. Zur Umsetzung wird § 6 Abs. 3 Satz 1 wie folgt gefasst:

### **§ 6 Zahlung des Entgelts**

(3) Das Entgelt ist für den Zeitraum der Bereitstellung des Betreuungsangebotes sowie die Betreuungsfreien Zeiten nach § 7a Kindertagespflege-AVB zu entrichten.

3. Zur Umsetzung wird § 8 Abs. 3 wie folgt gefasst:

### **§ 8 Ausfall der Kindertagespflegepersonen**

(3) Sofern die Sicherstellung einer Vertretung nicht möglich sein sollte, besteht ab dem 31. Tag des Ausfalls ein Rückerstattungsanspruch des entsprechenden anteiligen Betreuungsentgelts seitens des Leistungsempfängers.

4. Der § 17 wird wie folgt gefasst:

### **§ 17 Inkrafttreten**

Die Kindertagespflege-AVB treten am 1. Januar 2025 in Kraft. Die bisher geltenden Kindertagespflege-AVB in der Fassung vom 27. Mai 2014 treten außer Kraft.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 13      nein: 0      Enthaltungen: 0**

## **5. Doppelhaushalt 2025/2026 / Investitionsprogramm 2024**

**24-24418**

Frau Schütze führt in den TOP ein und erläutert die Abstimmungsweise.  
Nr. 146 wird bei der Abstimmung vorgezogen.

Es erfolgt eine Abstimmung über die einzelnen Positionen in der Reihenfolge der Anlagen 1.1 bis 1.4.

Einzelabstimmungsergebnisse:

### **Anlage 1.1:**

Nr. 146: verschoben auf 21.11.2024

Antrag auf Verschieben: dafür: 13    dagegen: 0    Enthaltungen: 0

Frau Esters auf Nachfrage: Rund 11,7 Millionen Euro sind für die Tagespflege pro Jahr vorgesehen.

Nr. 089: verschoben auf 21.11.2024

Antrag auf Verschieben: dafür: 12    dagegen: 0    Enthaltungen: 0

Es handelt sich um eine Pflichtaufgabe.

Rücksprache mit den Jugendverbänden, welcher Bedarf besteht, um in der nächsten Sitzung

über die Höhe der Förderung zu entscheiden.

Nr. 90 und 91 en Bloc: verschoben auf 21.11.2024

Antrag auf Verschieben: dafür: 12 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Wie hoch ist der Betrag für die Ansatzveränderung des BEJ?

Nr. 110: dafür: 12 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

*Korrektur: Frau Maul bemängelt, dass sie gegen diesen Antrag gestimmt habe. Aus der Tonaufnahme und der handschriftlichen Mitschrift lässt sich das nicht mehr nachvollziehen.*

Nr. 92 und 93 en Bloc: verschoben auf 21.11.2024

Antrag auf Verschieben: dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Mitwirkungsverbot: Frau Hartmann-Kasties und Frau Dr. Flake

Herr Dr. Kröckel möchte wissen, ob alle freien Träger den Antrag auf Zuschuss zur Deckung der Grundkosten für Geschäftsführung, Verwaltung und Sachkosten stellen können.

Nr. 94:

Antrag BiBS: dafür: 0 dagegen: 12 Enthaltungen: 0

Nr. 163:

Antrag CDU: dafür: 4 dagegen: 8 Enthaltungen: 0

Nr. 95: dafür: 1 dagegen: 11 Enthaltungen: 0

Nr. 96 und 97 en Block: dafür: 11 dagegen: 1 Enthaltungen: 0

Muss über die Anpassung der Förderrichtlinien ein eigener Beschluss gefasst werden?

Nr. 108: verschoben auf 21.11.2024

Antrag auf Verschieben: dafür: 12 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Nr. 164: dafür: 2 dagegen: 10 Enthaltungen: 0

## **Anlage 1.2**

Nr. 4e.210468: Antrag von antragstellender Fraktion zurückgezogen, da positiv erledigt.

Nr. 4e.210291: Antrag von SBR 330 und Die Fraktion:

verschoben auf 21.11.2024

Antrag auf Verschieben: dafür: 12 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Das Plenum möchte eine Information darüber, welche Maßnahmen für das B58 vorgesehen sind, um die Betriebserlaubnis aufrecht zu erhalten.

Nr. 4e.210474: Antrag von SBR 321 und Die Fraktion:

verschoben auf 21.11.2024

Antrag auf Verschieben: dafür: 12 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Klärung der Priorisierung durch Beteiligung des FB 65.

Nr. 4e.21 NEU: dafür: 0 dagegen: 9 Enthaltungen: 3

Nr. 5s.510013: Betrag wird auf 8.200,00 Euro (korrigiert (Vorher:7.500,00 Euro)

dafür: 11 dagegen: 1 Enthaltungen: 0

### **Anlage 1.3**

Vor Abstimmung wird klargestellt, dass weiterhin 200 SchuKi-Plätze aus dem Budget des FB 51 geschaffen werden sollen (1.36.3650.03.08)

#### Abstimmung en Bloc:

Nr. 1.32.3148.61

Nr. 1.36.3620.01.06

Nr. 1.36.3660.03.11

Nr. 510.-3200

Diverse 433910

Diverse Diverse

dafür: 12      dagegen: 0      Enthaltungen: 0

#### Abstimmung en Bloc:

1.36.3650.01.05

1.36.3650.01.06

Diverse 431810

dafür: 10      dagegen: 2      Enthaltungen: 0

1.36.3650.03.08: verschoben auf 21.11.2024

Antrag auf Verschieben: dafür: 12      dagegen: 0      Enthaltungen: 0

### **Anlage 1.4:**

#### Abstimmung en Bloc:

Nr. 1a

Nr. 1b

Nr. 1c

dafür: 12      dagegen: 0      Enthaltungen: 0

#### Abstimmung en Bloc:

Nr. 32

Nr. 33

dafür: 12      dagegen: 0      Enthaltungen: 0

Nr. 34

dafür: 11      dagegen: 0      Enthaltungen: 1

#### Abstimmung en Bloc:

Nr. 35a

Nr. 35b

dafür: 12      dagegen: 0      Enthaltungen: 0

#### Abstimmung en Bloc:

Nr. 36a

Nr. 36b

dafür: 12      dagegen: 0      Enthaltungen: 0

#### Abstimmung en Bloc:

Nr. 37a

Nr. 37b

dafür: 11      dagegen: 0      Enthaltungen: 0

**Beschluss:**

1. Dem Entwurf des Doppelhaushalt 2025/2026 und dem Investitionsprogramm 2024 bis 2029 FB 51 betreffend wird unter Berücksichtigung der zu den Anträgen der Ratsfraktionen und der Stadtbezirksräte sowie den Verwaltungsvorschlägen gefassten Abstimmungsergebnissen zugestimmt.
2. Die Bewirtschaftung der mit dem Teilhaushalt FB 51 2025/2026 zur Verfügung gestellten Finanzmittel hat auf Grundlage der Ziel- und Maßnahmenplanung des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie zu erfolgen.

**Die Anträge wurden im Ausschuss beraten (siehe Protokollierung)**

**5.1. Doppelhaushalt 2025/2026 / Investitionsprogramm 2024****24-24418-01****Beschluss:**

1. Dem Entwurf des Doppelhaushalt 2025/2026 und dem Investitionsprogramm 2024 bis 2029 FB 51 betreffend wird unter Berücksichtigung der zu den Anträgen der Ratsfraktionen und der Stadtbezirksräte sowie den Verwaltungsvorschlägen gefassten Abstimmungsergebnissen zugestimmt.
2. Die Bewirtschaftung der mit dem Teilhaushalt FB 51 2025/2026 zur Verfügung gestellten Finanzmittel hat auf Grundlage der Ziel- und Maßnahmenplanung des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie zu erfolgen.

**Die Anträge wurden im Ausschuss beraten (siehe Protokollierung TOP 5)**

**5.2. Doppelhaushalt 2025/2026 / Investitionsprogramm 2024****24-24418-02****Beschluss:**

1. Dem Entwurf des Doppelhaushalt 2025/2026 und dem Investitionsprogramm 2024 bis 2029 FB 51 betreffend wird unter Berücksichtigung der zu den Anträgen der Ratsfraktionen und der Stadtbezirksräte sowie den Verwaltungsvorschlägen gefassten Abstimmungsergebnissen zugestimmt.
2. Die Bewirtschaftung der mit dem Teilhaushalt FB 51 2025/2026 zur Verfügung gestellten Finanzmittel hat auf Grundlage der Ziel- und Maßnahmenplanung des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie zu erfolgen.

**Die Anträge wurden im Ausschuss beraten (siehe Protokollierung TOP 5)**

## **7. Anfragen**

mündliche Anfragen:

Herr Bach bittet in der nächsten Sitzung um Berichterstattung zum Jugendbüro/Jugendparlament.

## **8. Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung**

Es liegen keine Beratungsgegenstände für den nichtöffentlichen Teil der Sitzung vor.

Die Ausschussvorsitzende schließt die Sitzung um 18.00 Uhr.

Ausschussvorsitzende	Der Oberbürgermeister i. V.	Protokollführung
gez. Schütze	gez. Albinus (in.Vertr.)	gez. Hofmann
Schütze	Dr. Rentzsch	Hofmann

# Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

## Protokoll

### Sitzung des Jugendhilfeausschusses

---

**Sitzung:** Donnerstag, 21.11.2024

**Ort:** Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

**Beginn:** 15:02 Uhr

**Ende:** 17:45 Uhr

---

#### Anwesend

##### Vorsitz

Frau Annette Schütze - SPD

##### Mitglieder

Herr Martin Albinus - Verwaltung

Herr Felix Bach - B90/GRÜNE

Herr Frank Flake - SPD

Herr Bastian Swalve - SPD

Frau Ghislaine Sandrine Bakoben - CDU

Herr Thomas Fietzke - CDU

Frau Antje Maul - CDU

Frau Bianca Braunschweig - B90/GRÜNE

Frau Dr. Elke Flake - B90/GRÜNE

Frau Sabine Bartsch - BIBS

Frau Michaline Saxel - Die FRAKTION. BS

Herr Moritz Wilhelm - FDP

Frau Anneke vom Hofe - AfD

Frau Susanne Hartmann-Kasties - Träger der freien Jugendhilfe

Herr Dr. Marcus Kröckel - Träger der freien Jugendhilfe

Frau Nicole Kumpis - Träger der freien Jugendhilfe

Frau Petra Kusatz - Träger der freien Jugendhilfe

Frau Lea Weigand - B90/GRÜNE

Frau Ulrike Adam – Stellv. Gleichstellungsbeauftragte

Frau Sindy Beister – Vertreterin Stadtelternrat

Herr Holger Ewe - Vertreter der katholischen Kirche

Herr Hakan Kiray - Vertreter der muslimischen Gemeinde

Frau Tiana Kruskic - Vertreterin ausl. Kinder und Jugendliche

Vertretung für: Frau Ute  
Wasserbauer

Vertretung für: Frau Marion  
Lenz

Frau Inés Lampe - Stadtjugendreferent/-in  
Herr Florian Parkitny – Vertreter Sportjugend

### **Verwaltung**

Frau Dr. Christina Rentzsch - Dezernentin V  
Herr Ulf Niehaus - Verwaltung  
Frau Melanie Esters - Verwaltung  
Frau Andrea Streit - Verwaltung  
Herr Frederic Machura - Verwaltung  
Frau Denise Preis - Verwaltung

### **Protokollführung**

Frau Nina Hofmann - Verwaltung

### **Abwesend**

### **Mitglieder**

Herr Martin Fuchs - Träger der freien Jugendhilfe	entschuldigt
Frau Sarah Mick - Träger der freien Jugendhilfe	entschuldigt
Frau Ute Wasserbauer - B90/GRÜNE	entschuldigt
Frau Anita Adolf - Vertreterin der evangelischen Kirche	abwesend
Frau Magdalena Duckwitz - Jugendrichterin	entschuldigt
Frau Ines Fricke - Vertreter/-in der Polizei	entschuldigt
Frau Regina Lange - Vertreterin der Lehrkräfte	entschuldigt
Frau Marion Lenz - Gleichstellungsbeauftragte	entschuldigt
Herr Sören Meier - Vertreter junger Arbeitnehmer/Innen	entschuldigt
Herr Volker Riegelmann - Jugendring Braunschweig e. V. (JURB)	entschuldigt

## Tagesordnung

**Öffentlicher Teil:**

- |       |   |             |
|-------|---|-------------|
| 1     | Eröffnung der Sitzung   |             |
| 2     | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 01.10.2024                         |             |
| 3     | Ständiger TOP: Fachkräftemangel   |             |
| 4     | Mitteilungen  |             |
| 4.1   | Mündliche Mitteilungen  |             |
| 4.1.1 | Bericht Jugendbüro/Jugendparlament  |             |
| 5     | Anträge   |             |
| 6     | Abbau Sanierungsstau für Kindertagesstätten der freien Träger der Jugendhilfe | 24-24406    |
| 7     | Abschlagszahlungen im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung 2025            | 24-24546    |
| 8     | Doppelhaushalt 2025/2026 / Investitionsprogramm 2024                          | 24-24418-03 |
| 8.1   | Doppelhaushalt 2025/2026 / Investitionsprogramm 2024                          | 24-24418-04 |
| 9     | Anfragen  |             |

**Nichtöffentlicher Teil:**

- 10 Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung

# **Protokoll**

## **Öffentlicher Teil:**

### **1. Eröffnung der Sitzung**

Die Ausschussvorsitzende Frau Schütze eröffnet die Sitzung um 15:02 Uhr, begrüßt die anwesenden Teilnehmer zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

### **2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 01.10.2024**

Die Abstimmung über das Protokoll der Sitzung vom 01.10.2024 wird auf die nächste Sitzung verschoben, da Fragen zur Abstimmung zweier Punkte bestehen. Diese werden bis zur nächsten Sitzung geklärt und im Protokoll vom 01.10.2024 entsprechend korrigiert.

### **3. Ständiger TOP: Fachkräftemangel**

Herr Albinus berichtet zum Fachkräftemangel.  
FB 10 hat die Prozesse zu Stellenbesetzungen optimiert.

Zu dem in der letzten Sitzung bereits berichteten Rahmencurriculum informiert er, dass noch immer unklar ist, wie die Mitarbeitenden mit Zweitqualifizierung in die Erstqualifizierung gebracht werden können. Es fehlen die Plätze an den Fachschulen.  
Insgesamt gibt es wenig Informationen und es bleiben Fragen offen, wie:  
Wer ersetzt das Personal in den Kitas, wenn die Zweitkräfte in den Schulen sind?

Auf Nachfrage teilt Herr Albinus mit, dass es bei Stellenbesetzungsverfahren weiterhin wenig Bewerbungen gibt. Kurzfristige Schließungen aufgrund des Fachkräftemangels sind zurückgegangen, allerdings besteht ein sehr hoher Krankenstand.

Die Entwicklung der Kinderzahlen in Braunschweig wird im ersten Quartal 2025 zur Verfügung gestellt.

### **4. Mitteilungen**

#### **4.1. Mündliche Mitteilungen**

Frau Dr. Rentzsch berichtet zusammen mit Frau Schütze und Frau Adam kurz über die Ausstellung zum Thema Häusliche Gewalt in der Rosenstraße. Frau Ihbe hat vorgeschlagen, eine Führung zu besuchen und Frau Dr. Rentzsch möchte wissen, ob Interesse im Plenum an einer Teilnahme besteht.  
Da dies der Fall ist, wird Frau Rentzsch den Termin Ende Januar baldmöglichst bekannt geben.

Herr Albinus berichtet zur Lage im Kinder- und Jugendschutzhaus Ölper.  
Die Kolleginnen und Kollegen vor Ort stellen zunehmend fest, dass einzelne Kinder zwischen 6 und 10 Jahren besonders herausfordernd und schwer erreichbar und auch beispielsweise von der Polizei unbeeindruckt bleiben. Das macht den Arbeitsablauf im Alltag für die Mitarbeitenden schwierig.

Die Einrichtung in der Hebbelstraße wurde errichtet, um Kinder altersgerecht betreuen zu können. Kurz nach der Eröffnung mussten 7 Kinder mehr oder weniger gleichzeitig in Obhut genommen werden, was in letzter Konsequenz zu großen Problemen führte.  
Zwei neue Stellen wurden daraufhin ausgeschrieben und konnten im ersten Lauf nicht besetzt werden. Sie sind erneut ausgeschrieben, allerdings gestaltet sich die Besetzung

aufgrund weniger Bewerbungen schwierig, dazu werden auch in den stattfindenden Vorstellungsgesprächen oftmals die Bewerbungen zurückgezogen, wenn Bewerbende erfahren, welche Aufgaben auf sie zukommen.

Die Außenstelle Hebbelstraße soll perspektivisch wiedereröffnet werden.

Das KJSH Ölper verfügt über 10+2 Plätze und in der Hebbelstraße sollen 7 Plätze vorgehalten werden.

Vor dem nächsten JHA wird eine MAVS zum Thema Hilfen zur Erziehung und Kinderschutz versendet und im nächsten JHA dazu berichtet.

Frau Weigand macht darauf aufmerksam, dass man den geschilderten Effekt in vielen Bereichen merkt. Die Kinder und Jugendlichen leiden immer noch unter den Folgen von Covid19. Es gibt deutlich zu wenig Therapieplätze für Kinder und Jugendliche.

#### **4.1.1. Bericht Jugendbüro/Jugendparlament**

Frau Lampe berichtet zum Jugendparlament/Jugendbüro. Der Umzug in die Räumlichkeiten in der Friedrich-Wilhelm-Straße ist erfolgt und ein Tag der offenen Tür fand statt.

Am 27.11.2024 um 16:00 Uhr findet die feierliche Eröffnung statt und die Mitglieder des Ausschusses sind alle herzlich eingeladen, teilzunehmen.

Das Jugendparlament hat seine Satzung und die Geschäftsordnung erstellt, diese wird durch die Verwaltung derzeit geprüft.

Sie berichtet über die weitere Planung, wie beispielsweise die europaweite Vernetzung.

### **5. Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

### **6. Abbau Sanierungsstau für Kindertagesstätten der freien Träger der Jugendhilfe 24-24406**

#### **Beschluss:**

Für die nachstehende Maßnahme werden nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zum Abbau des Sanierungsstaus in Kindertagesstätten der freien Träger der Jugendhilfe folgende Zuwendungen gewährt:

<b>Träger</b>	<b>Einrichtung</b>	<b>Maßnahme</b>	<b>Zuwendungshöhe</b>
Ev.-luth. Propsteiverband	Kita Dankeskirche	Sanierung der Frischwasser- und Heizungsanlage	bis zu 143.000,00 €

**Abstimmungsergebnis: dafür 14    dagegen 0    Enthaltungen 0**

### **7. Abschlagszahlungen im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung 2025 24-24546**

#### **Beschluss:**

Zur Finanzierung der notwendigen Betriebsausgaben (Personal- und Sachkosten) für den Zeitraum der vorläufigen Haushaltsführung erhalten freie Träger der Jugendhilfe Abschläge in angemessener Höhe. Grundlage für die Höhe der Abschläge sind maximal die im

abgelaufenen Haushaltsjahr bewilligten Zuwendungen im Rahmen von Festbetrags- und Fehlbedarfsfinanzierungen. Diese Zahlungen sind Abschlüsse, auf die im Jahr 2025 zu bewilligenden Zuwendungen und stehen insoweit unter dem Vorbehalt, dass die Haushaltssatzung 2025 mit den entsprechenden Ansätzen verabschiedet, genehmigt und bekannt gegeben wird.

Folgende freie Träger der Jugendhilfe erhalten Abschlüsse:

1. der Verein Beratung für Familien, Erziehende und junge Menschen e. V. (BEJ), Mondo X, DRK-Beratungsstelle für Eltern in Trennungssituationen und Alleinerziehende, Deutscher Kinderschutzbund (Ortsverband Braunschweig e. V.), Remenhof-Stiftung gGmbH und AWO Bezirksverband Braunschweig e. V. für die Sicherstellung des Familien-Service-Büros, die Haus der Familie GmbH,
2. die freien Träger von Kindertagesstätten (Betriebsträgerkindertagesstätten, Regelkindertagesstätten, Eltern-Kind-Gruppen und Betriebskindertagesstätten),
3. das Mütterzentrum Braunschweig - Mehrgenerationenhaus,
4. die freien Träger von Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Kinder- und Teenyklubs, Schulkindbetreuungsgruppen, der Förderkreis für ausländische Arbeitnehmer e.V. als Träger des Nachbarschaftsladens Hamburger Straße, der Jugendring Braunschweig, die großen Jugendverbände und die freien Träger der Kinder- und Jugendarbeit,
5. die Träger der Sprachförderung für die Integration von Kindern und Jugendlichen aus Aussiedler- und Ausländerfamilien,
6. Volkshochschule (VHS Arbeit und Beruf GmbH),
7. die Träger zur Förderung des Erwerbs der deutschen Sprache im Elementarbereich,
8. Diakonie für Schulsozialarbeiter an Grundschulen, Caritas für Proaktivcenter (PACE) und die Träger zur Durchführung der Berufsorientierung in Braunschweig (BOBS), AWO Kreisverband Braunschweig e. V. für das Braunschweiger Fanprojekt und die Medienkoordination,
9. der Verein zur Förderung körperbehinderter Kinder e.V.

**Abstimmungsergebnis: dafür 14    dagegen 0    Enthaltungen 0**

#### **8.      Doppelhaushalt 2025/2026 / Investitionsprogramm 2024**

**24-24418-03**

#### **Beschluss:**

1. Dem Entwurf des Doppelhaushalt 2025/2026 und dem Investitionsprogramm 2024 bis 2029 FB 51 betreffend wird unter Berücksichtigung der zu den Anträgen der Ratsfraktionen und der Stadtbezirksräte sowie den Verwaltungsvorschlägen gefassten Abstimmungsergebnissen zugestimmt.
2. Die Bewirtschaftung der mit dem Teilhaushalt FB 51 2025/2026 zur Verfügung gestellten Finanzmittel hat auf Grundlage der Ziel- und Maßnahmenplanung des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie zu erfolgen.

**Abstimmungsergebnis: Der Ausschuss lässt die Vorlage unter Berücksichtigung der Einzelabstimmungsergebnisse über die Anlagen 1.1-1.3 passieren. (Siehe Protokollierung unter TOP 8.1)**

## **8.1. Doppelhaushalt 2025/2026 / Investitionsprogramm 2024**

**24-24418-04**

Die Punkte der Anlage 1.2 wurden vorgezogen.

### **Anlage 1.2**

#### **Nr. 4e.210291: B58**

Herr Franke teilt auf Nachfrage mit, dass sich das Jugendzentrum B58 zur Zeit in einer Situation der Duldung der Betriebserlaubnis befindet.

Die Duldung ist befristet bis Ende 2026. Es wurde ein Brandschutzkonzept erstellt und die erforderlichen Maßnahmen werden derzeit in Zusammenarbeit mit der Feuerwehr durchgeführt. Ziel ist es, bis Ende 2026 alle erforderlichen Maßnahmen getroffen und eine Barrierefreiheit errichtet zu haben, damit die Duldung aufgehoben wird und das Gebäude dann im Rahmen der Brandschutzordnung als Jugendzentrum genutzt werden kann.

Aufgrund der Haushaltslage wurde auch FB 65 aufgefordert, die anstehenden Aufgaben zu priorisieren und die Priorität liegt zunächst auf dem Schulbau.

Haushaltsmittel wurden nicht eingestellt. Wenn dem Antrag stattgegeben wird, werden Planungsmittel in Höhe von 100.000,00 Euro benötigt. Wenn die Mittel für 2026 eingestellt werden, kann mit der Planung in 2026 begonnen werden.

Auf Nachfrage teilt er mit, dass ein Raumplanungsprogramm mit den Jugendlichen erarbeitet wurde und auch ein möglicher Neubau in der nebenan liegenden Fliesenfabrik geprüft wird. Nichts ist bisher ausgeschlossen, lediglich der Betrieb des JZ soll während eines Neu-/Umbaus möglichst wenig eingeschränkt werden.

#### *Antrag Die Fraktion, Die Linke, VOLT und Die PARTEI*

Nr. 17 *Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit*

dafür: 2      dagegen: 9      Enthaltungen: 2

Nr. 26 *Baumaßnahmen*

dafür: 2      dagegen: 9      Enthaltungen: 2

Die Abstimmung fand ohne Frau Bakoben statt.

#### *Antrag SBR 330*

Nr. 17 *Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit*

dafür: 2      dagegen: 9      Enthaltungen: 2

Nr. 26 *Baumaßnahmen*

dafür: 2      dagegen: 9      Enthaltungen: 2

Die Abstimmung fand ohne Frau Bakoben statt.

#### **Nr. 4e.210474: KJZ Watenbüttel**

*17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit*

Antrag die Fraktion, Die Linke, VOLT und Die PARTEI

dafür: 0      dagegen: 13      Enthaltungen: 1

Antrag SBR 330

dafür: 0      dagegen: 13      Enthaltungen: 1

## 26 Baumaßnahmen

Antrag die Fraktion, Die Linke, VOLT und Die PARTEI

dafür: 0      dagegen: 13      Enthaltungen: 1

Antrag SBR 330

dafür: 0      dagegen: 13      Enthaltungen: 1

### **Anlage 1.1:**

#### **Nr. 108**

Die Abstimmung über diesen Antrag wird vorgezogen.

Frau Dr. Flake erläutert den Antrag und bittet darum, eine Einigung zu finden.

Herr Flake erklärt warum dem Vorschlag der Wohlfahrtsverbände nicht in geforderter Höhe (7%) gefolgt wird. Ein anderes Verfahren zur Berechnung des Betrages liegt nicht vor, es wurde auch keines von den Wohlfahrtsverbänden vorgeschlagen.

Herr Dr. Kröckel weist daraufhin, dass dadurch ggf. nicht mehr alle Angebote in der Form angeboten werden können, wie das jetzt der Fall ist. Für ein neues Verfahren sind auch die Wohlfahrtsverbände offen.

Eine Diskussion findet statt.

Herr Flake weist auf die aktuelle Haushaltssituation hin

dafür: 12      dagegen: 1      Enthaltungen: 1

Frau Kumpis verlässt die Sitzung

#### **Nr. 089 und 182:**

Frau Schütze berichtet, dass Rücksprache mit den Jugendverbänden gehalten wurde und diese sich zur Überarbeitung der veralteten Förderrichtlinien mit der Verwaltung austauscht. Sie erklärt den Antrag der SPD.

Frau Dr. Flake möchte sich dem Antrag anschließen und erläutert die Gründe.

#### **Nr. 089:**

dafür: 0      dagegen: 12      Enthaltungen: 0

#### **Nr. 182:**

dafür: 10      dagegen: 1      Enthaltungen: 1

Die Abstimmung fand ohne Herrn Bach statt.

#### **Nr. 90, 91 und 183 en Bloc:**

dafür: 8      dagegen: 4      Enthaltungen: 1

BIBS schließt sich dem höheren Betrag an.

#### **Nr. 92 und Nr. 93**

Frau Hartmann-Kasties und Frau Dr. Flake erklären sich für befangen.

Auf Nachfrage wird die Bedeutung eines Sperrvermerks erklärt.

Ein Betrag wird in entsprechender Höhe für den Antrag im Haushalt eingestellt, damit dieser bei Bedarf zur Verfügung steht. Eine Auszahlung erfolgt jedoch erst auf Vorschlag, nach einer Prüfung der (ggf. anteiligen) Höhe und durch Beschluss im JHA.

**Nr. 93 Antrag BIBS:**

dafür: 0      dagegen: 9      Enthaltungen: 2

**Nr. 92 Antrag SPD/Bündnis 90/die Grünen:**

dafür: 9      dagegen: 2      Enthaltungen: 0

**Nr. 178:**

Frau Saxel bringt den Antrag ein.

Frau Schütze stellt klar, dass keine Gelder gekürzt wurden, sondern das Projekt nur auf zwei Jahre begrenzt war und die Förderung ausgelaufen ist.

Herr Albinus bestätigt dies und bietet an, mit dem Träger in den Dialog zu treten, um zu prüfen, ob die Höhe gerechtfertigt ist. Das Projekt liegt auch dem FB 51 sehr am Herzen. Der Betrag sollte über das Budget gedeckt sein.

Frau Dr. Rentzsch schlägt vor, den Antrag jetzt passieren zu lassen und bis zum FPDA am 28.11.2024 eine Klärung mit dem Träger herbeizuführen und dann dort über den Antrag abzustimmen.

***Antrag auf passieren lassen***

dafür: 13      dagegen: 0      Enthaltungen: 0

**Nr. 146:**

Frau Dr. Flake erläutert den Antrag und weist daraufhin, dass ein Drittel der U3-betreuten Kinder durch Tagespflegepersonen betreut werden.

Herr Dr. Kröckel teilt mit, dass die Beträge der Erhöhung sehr gering sind und er sich als KTHP nicht sehr gewertschätzt fühlen würde.

dafür: 9      dagegen: 2      Enthaltungen: 2

**Anlage 1.3**

**1.36.3650.03.08:**

Frau Dr. Rentzsch erläutert den Antrag. Sie teilt mit, dass zwischen dem Dezernat V und der Kämmerei der Stadt Braunschweig die Vereinbarung getroffen wurde, dass zunächst die ersten 100 Plätze in die Bewirtschaftung gehen. Wenn das erfolgt ist, wird in die Bewirtschaftung der nächsten 100 Plätze gegangen.

Es wird zunächst geprüft, ob das Geld dafür im FB 51 vorhanden ist. Sollte das nicht der Fall sein, wird nach deckungsfähigen Mitteln im Dezernat V geschaut und sollten auch hier keine Mittel vorliegen, hat sich die Kämmerei bereit erklärt, die Mittel zunächst zur Verfügung zu stellen.

Ziel ist weiterhin 200 Betreuungsplätze zu schaffen.

Auf Nachfrage erklärt Herr Albinus, dass sich am Verfahren nichts ändert. Es gibt eine Bedarfsabfrage und nach dieser werden die Plätze geschaffen

dafür: 11      dagegen: 1      Enthaltungen: 1

## **Beschluss:**

1. Dem Entwurf des Doppelhaushalt 2025/2026 und dem Investitionsprogramm 2024 bis 2029 FB 51 betreffend wird unter Berücksichtigung der zu den Anträgen der Ratsfraktionen und der Stadtbezirksräte sowie den Verwaltungsvorschlägen gefassten Abstimmungsergebnissen zugestimmt.
2. Die Bewirtschaftung der mit dem Teilhaushalt FB 51 2025/2026 zur Verfügung gestellten Finanzmittel hat auf Grundlage der Ziel- und Maßnahmenplanung des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie zu erfolgen.

**Abstimmungsergebnis: Der Ausschuss lässt die Vorlage unter Berücksichtigung der Einzelabstimmungsergebnisse über die Anlagen 1.1-1.3 passieren.**

## **9. Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

## **Nichtöffentlicher Teil:**

## **10. Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung**

Die Vorsitzende eröffnet den nichtöffentlichen Teil der Sitzung. Es liegen keine Beiträge vor.

Die Ausschussvorsitzende bedankt sich und schließt die Sitzung um 17:45 Uhr.

Ausschussvorsitzende	Der Oberbürgermeister i. V.	Protokollführung
gez. Schütze	gez. Dr. Rentzsch	gez. Hofmann
Schütze	Dr. Rentzsch	Hofmann



# Sachstand Jugendbüro und Jugendparlament

Braunschweig, 21.11.2024

# Stand des Jugendbüros



- **Tag der offenen Tür** im Rahmen des Internationalen Tags der Jugend am 12. August
- **Bezug der neuen Räumlichkeiten** mit Übergangsmöbeln am 17. September
- Durchführung erster interner und externer Veranstaltungen
- Möbellieferung vsl. KW 49
- Ausstattung mit finaler Technik vsl. Januar 2025

## Weitere Planungen des Jugendbüros

- **Feierliche Eröffnung** am 27. November um 16:00 Uhr
- Durchführung von regelmäßigen **stadtweiten Beteiligungsformaten**
- Einbindung junger Menschen in die **Planung und Gestaltung**
- Workshops und Events im Bereich **Demokratieförderung**
- **Kooperationen** mit Beratungsangeboten für junge Menschen angestrebt
- Weiterentwicklung der **Partizipationsmöglichkeiten** in Braunschweig



## Stand des Jugendparlaments

- **Öffentliche Sitzungen** (i. d. R.) am 2. Montag des Monats
- Inhaltliche und gruppendedynamische Arbeit in Kooperation mit der Akademie für starke Kinder- und Jugendparlamente Niedersachsen
- Erste Beteiligungsaktionen
- Prüfung von **Satzung und Geschäftsordnung** durch Fachverwaltung
- **Vernetzungsarbeit** mit Jugendparlamenten und dem Dachverband



# Weitere Planungen des Jugendparlaments

- Ziel der **partizipativen Repräsentation**
  - Beteiligungsaktion mit den Braunschweiger Jugendzentren
  - Enge Kooperation mit Jugendkonferenz und Jugendforum
- Beginn der Mitarbeit in Ratsausschüssen
  - Mitarbeit am **Platz der Kinderrechte**
- Planung zur europaweiten Vernetzung auf dem **European Youth Event 2025**





Braunschweig  
Löwenstadt



**Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!**

**Jugendbüro Braunschweig**  
Friedrich Wilhelm Straße 3  
38100 Braunschweig

# TOP 8

## Abstimmung

# Anlage 1.2 – 4e.210291

B58

SBR 330

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten In €	Plan und Ist Vorjahre In €	2025 In €	2026 In €	2027 In €	2028 In €	2029 In €	Restbedarf ab 2030 In €	
<b>Maßnahme Neubau Kinder-, und Jugendzentrum</b>												
JZ B 58 - SBR 330												
Jugendhilfeausschuss:      Dafür:      Dagegen:      Enthaltung:												
Verschoben auf 21.11.2024												
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			-2.566.000		1.000.000	810.000	0	0	0	-4.376.000	
4E.210291	Jugendzentrum B 58 / Neubau	SBR 330										
		bisher	4.500.000	124.000	0	0	0	0	0	0	4.376.000	Vorziehen einer Teilfinanzrate 2030 in Höhe 9.050.000 EUR für den Neubau des Jugendzentrums B 58 auf die Jahre 2025 und 2026
		neu	1.934.000	124.000	1.000.000	810.000	0	0	0	0	0	
		Veränderung	-2.566.000	0	1.000.000	810.000	0	0	0	0	-4.376.000	Anmerkung der Verwaltung Die bereits bekannten Mehrkosten würden bei dieser Antrag nicht berücksichtigt werden.  Es liegt ein ähnlicher Antrag der Partei "Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI" vor.  siehe DS 24-24531
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			-10.264.000		4.000.000	3.240.000	0	0	0	-17.504.000	
4E.210291	Jugendzentrum B 58 / Neubau	SBR 330										
		bisher	18.000.000	496.000	0	0	0	0	0	0	17.504.000	Vorziehen einer Teilfinanzrate 2030 in Höhe 9.050.000 EUR für den Neubau des Jugendzentrums B 58 auf die Jahre 2025 und 2026
		neu	7.736.000	496.000	4.000.000	3.240.000	0	0	0	0	0	
		Veränderung	-10.264.000	0	4.000.000	3.240.000	0	0	0	0	-17.504.000	zusätzliche VE zu Lasten 2026: + 3.240.000 EUR  Anmerkung der Verwaltung Die bereits bekannten Mehrkosten würden bei dieser Antrag nicht berücksichtigt werden.  Es liegt ein ähnlicher Antrag der Partei "Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI" vor.  siehe DS 24-24531
		VE 2026:	0	VE 2026 neu:	3.240.000	VE 2026 Veränderung:	3.240.000					

# Anlage 1.2 – 4e.210291 B58 Die Fraktion

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten In €	Plan und Ist Vorjahre In €	2025 In €	2026 In €	2027 In €	2028 In €	2029 In €	Restbedarf ab 2030 In €	
JZ B 58 - Antrag Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI												
Jugendhilfeausschuss:      Dafür:      Dagegen:      Enthaltung:												
Verschoben auf 21.11.2024												
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0		2.000.000	2.376.000	0	0	0	-4.376.000	
116	4E.210291	Jugendzentrum B 58 / Neubau	Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI									
		bisher	4.500.000	124.000	0	0	0	0	0	0	4.376.000	Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 21.880.000 EUR für den Neubau des Jugendzentrums B 58 auf die Jahre 2025 und 2026
		neu	4.500.000	124.000	2.000.000	2.376.000	0	0	0	0	0	
		Veränderung	0	0	2.000.000	2.376.000	0	0	0	0	-4.376.000	
												Anmerkung der Verwaltung Es liegt ein ähnlicher Antrag des SBR 330 vor.  siehe DS 24-24531
26		Baumaßnahmen (Veränderungen)		0		8.000.000	9.504.000	0	0	0	-17.504.000	
116	4E.210291	Jugendzentrum B 58 / Neubau	Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI									
		bisher	18.000.000	498.000	0	0	0	0	0	0	17.504.000	Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 21.880.000 EUR für den Neubau des Jugendzentrums B 58 auf die Jahre 2025 und 2026
		neu	18.000.000	498.000	8.000.000	9.504.000	0	0	0	0	0	
		Veränderung	0	0	8.000.000	9.504.000	0	0	0	0	-17.504.000	
												Anmerkung der Verwaltung Bei Annahme des Antrages wäre eine VE zu Lasten 2026 i. H. v. 7.600.000 € erforderlich.  Es liegt ein ähnlicher Antrag des SBR 330 vor.  siehe DS 24-24531
					VE 2026:	0	VE 2026 neu:	7.600.000	VE 2026 Veränderung:		7.600.000	

# Anlage 1.2      4e.210474      JZ Watenbüttel

## Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten In €	Plan und Ist Vorjahre In €	2025 In €	2026 In €	2027 In €	2028 In €	2029 In €	Restbedarf ab 2030 In €	
JZ Watenbüttel												
Verschoben auf 21.11.2024												
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0		95.000	0	0	0	0	-95.000	
Jugendhilfeausschuss:      Dafür:      Dagegen:      Enthaltung:												
117	4E.210474	Kinder- und JZ Watenbüttel/Neubau	Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI									
		bisher		95.000	0	0	0	0	0	0	95.000	Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 950.000 EUR für den Neubau des Jugendzentrums Watenbüttel auf 2025
	(inkl. SE.210156)	neu		95.000	0	95.000	0	0	0	0	0	
		Veränderung		0	0	95.000	0	0	0	0	-95.000	Anmerkung der Verwaltung Die Projektnummer wurde von 5E.210156 auf 4E.210474 rein aus haushaltstechnischer Sicht geändert (4*er Projekte: Aufwand- und Investitionsprojekte; 5*er Projekte: investive Projekte). Die HH-Mittel auf dem Projekt 5E.210156 in Höhe von 82.000 EUR waren für den Grundstückskauf bestimmt.  Es liegt ein ähnlicher Antrag des SBR 321 vor.  siehe DS 24-24531
Jugendhilfeausschuss:      Dafür:      Dagegen:      Enthaltung:												
	4E.210474	Kinder- und JZ Watenbüttel/Neubau	SBR 321									
		bisher		95.000	0	0	0	0	0	0	95.000	zusätzliche Haushaltsmittel in 2025 für die Errichtung des Kinder- und Jugendzentrums Watenbüttel
	(inkl. SE.210156)	neu		95.000	0	95.000	0	0	0	0	0	
		Veränderung		0	0	95.000	0	0	0	0	-95.000	Anmerkung der Verwaltung Der Restbedarf könnte bei einer Einstellung der Haushaltsmittel in 2025 entfallen.  Es liegt ein ähnlicher Antrag der FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI vor.  siehe DS 24-24531

# Anlage 1.2 4e.210474 Baumaßnahmen

JZ Watenbüttel

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten In €	Plan und Ist Vorjahre In €	2025 In €	2026 In €	2027 In €	2028 In €	2029 In €	Restbedarf ab 2030 In €	
Verschoben auf 21.11.2024												
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0		855.000	0	0	0	0	-855.000	
Jugendhilfeausschuss:      Dafür:      Dagegen:      Enthaltung:												
117	4E.210474	Kinder- und JZ Watenbüttel/Neubau  (inkl. 5E.210156 - Grundstückskauf)	Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI									Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 950.000 EUR für den Neubau des Jugendzentrums Watenbüttel auf 2025
			bisher	937.000	82.000	0	0	0	0	0	855.000	
			neu	937.000	82.000	855.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0	0	855.000	0	0	0	0	-855.000	Anmerkung der Verwaltung Die Projektnummer wurde von 5E.210156 auf 4E.210474 rein aus haushaltstechnischer Sicht geändert (4'er Projekte: Aufwand- und Investitionsprojekte; 5'er Projekte: investive Projekte). Die HH-Mittel auf dem Projekt 5E.210156 in Höhe von 82.000 EUR waren für den Grundstückskauf bestimmt.
												Es liegt ein ähnlicher Antrag des SBR 321 vor. siehe DS 24-24531
Jugendhilfeausschuss:      Dafür:      Dagegen:      Enthaltung:												
	4E.210474	Kinder- und JZ Watenbüttel/Neubau  (inkl. 5E.210156 - Grundstückskauf)	SBR 321									zusätzliche Haushaltsmittel in 2025 für die Errichtung des Kinder- und Jugendzentrums Watenbüttel
			bisher	937.000	82.000	0	0	0	0	0	855.000	
			neu	937.000	82.000	855.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0	0	855.000	0	0	0	0	-855.000	Anmerkung der Verwaltung Der Restbedarf könnte bei einer Einstellung der Haushaltsmittel in 2025 entfallen.
												Es liegt ein ähnlicher Antrag der FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI vor.  siehe DS 24-24531

# Anlage 1.1 – Nr. 109 431810 Dynamisierung

Antrag NEU													
108 NEU	Diverse Diverse	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	<b>Dynamisierung der Zuwendungen für 2025 und 2026</b> 1. Das 2022 eingeführte Durchschnittsverfahren zur „Anpassung der Dynamisierung der Zuwendungen“ (Drs. 21-17494) wird grundsätzlich beibehalten. 2. Für 2025 wird mit einer leicht erhöhten durchschnittlichen Tarifierung von 4 % (statt 3,43 %, vgl. Drs. 24-23943) gerechnet. Zusammen mit der durchschnittlichen Preissteigerung von 3,56 % ergibt das eine Dynamisierung von 3,91 % für 2025. 3. Für die Zuwendungen, für die im Rahmen der Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt 2025/2026 Einzelbeschlüsse gefasst wurden, wird keine zusätzliche Dynamisierung nach Nr. 2 gewährt.Zu 1: Das 2022 gewählte Dynamisierungsverfahren ist bereits das dritte Verfahren, das in Braunschweig zur Anwendung kommt. Die beiden zuvor gewählten Verfahren wiesen deutliche Mängel auf und wurden deshalb verworfen. Das 2022 gewählte Durchschnittsverfahren lieferte für 2022 und 2023 gute Werte. Die hohen Tarifierhöhungen für 2024 werden durch das Durchschnittsverfahren nur nach und nach bei der Dynamisierung wirksam. Eine erneute Änderung des Verfahrens hätte jedoch erhebliche Nachteile; denn jede Umstellung des Verfahrens erzeugt nicht nur einen deutlichen Umstellungsaufwand, sondern greift in das bewährte Rechenverfahren ein (vgl. dazu etwa den Haushaltsantrag von SPD und Grünen zum Verein BEJ). Zu 2: Die Verwaltung hatte mit Drs. 24-23943 eine durchschnittliche Tarifierung von 3,43 % mitgeteilt. Die hohen Tarifierhöhungen für 2024 werden durch das Durchschnittsverfahren erst nach und nach bei der Dynamisierung wirksam. Deshalb soll für 2025 mit einer leicht erhöhten durchschnittlichen Tarifierung von 4 % gerechnet werden. Die Tarifierung geht zu 80 % in die Dynamisierung ein (Drs. 21-17494, 24-23943). Die durchschnittliche Inflation der Verbraucherpreise geht zu 20 % in die Dynamisierung ein. Zusammen ergibt das eine Dynamisierung von 3,91 % für 2025. - Die leicht erhöhte durchschnittliche Tarifierung, die gewissermaßen als Einmalzahlung wirkt, müsste für die Zukunft aus dem Durchschnittsverfahren wieder herausgerechnet werden. Zu 3: Die Verwaltung hat zu den Haushaltsberatungen in den Ausschüssen regelmäßig mitgeteilt: „Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor.“ Diese Ansatzveränderungen bezogen sich auf alle Zuwendungsempfänger. Bei den Einzelbeschlüssen zu Haushaltsanträgen einzelner Vereine oder Verbände wurde die Dynamisierung aber bereits mit berücksichtigt. Eine weitere Ansatzerhöhung soll 2025 nicht erfolgen. Ab 2027 soll auf die Dynamisierung dieser Vereine und Verbände wieder das Durchschnittsverfahren (Drs. 21-17494) angewendet werden. Es bleibt den Braunschweiger Wohlfahrtsverbänden, dem Kulturrat und der Stadtverwaltung davon unbenommen, ein praktikables neues Dynamisierungsverfahren zu entwickeln und anzuwenden. Dieser Antrag ersetzt den Antrag FWE 108 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.								*Kosten konnten nicht ermittelt werden  <b>Dieser Antrag ersetzt den Antrag FWE 108 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.</b>	
				0	*	0	*	0	*	0	*		
			JHA 21.11.24:	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:					

# Anlage 1.1

Nr. 089

# Jugendring

Verschoben auf 21.11.2024																		
089	1.36.3620.02.01 Kinder- und Jugendverbandsarbeit	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	<b>Jugendring - Förderung für Jugendfreizeiten</b> Nach Mitteilung des Jugendrings ist die Erhöhung des Zuschusses notwendig, um eine weitere Erhöhung der Teilnahmebeiträge für Veranstaltungen der Jugendverbände abzuwenden. Die kommunale Förderung muss Maßnahmen betreffen, die zur Daseinsvorsorge gehören. Wenn Jugendverbände gezwungen werden, immer höhere Beiträge zu verlangen, widerspricht dies gerade der Förderung sozial benachteiligter Jugendlicher und Familien und dem Grundrecht junger Menschen auf Förderung ihrer Entwicklung zu mündigen Erwachsenen. Gemäß § 11 SGB VIII sind junge Menschen die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Wir beantragen hiermit, dass die notwendigen Mittel bereit gestellt werden.										Dauerhaft	siehe DS 24-24531			
				0	+	250.000	0	+	250.000	0	+	250.000	0	+	250.000	0	+	250.000

# Jugendring

Antrag NEU																			
182	1.36.3620.02.01 Kinder- und Jugendverbandsarbeit	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	<b>Jugendfreizeiten der freien Träger</b> Dieser Haushaltsantrag bezieht sich auf die Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit freier Träger in Braunschweig. Der Teil 2 der Richtlinien (Zuschüsse für Aktivitäten, Funktionsgegenstände und Investitionsmaßnahmen an die Träger der freien Jugendhilfe im Bereich der Jugendförderung) wurde zuletzt 2019 angepasst (Drs. 19-11281). Die Jugendverbände machen seit Januar 2023 in mehreren Schreiben und Gesprächen deutliche Kostensteigerungen geltend, vgl. Drs. 23-20708. Für 2023 hatte die Stadtverwaltung daher vorgeschlagen: "Um einerseits die zusätzliche Belastung der Familien durch eine Erhöhung von Teilnahmeentgelten gering zu halten und andererseits die aktuellen Kostensteigerungen dauerhaft besser einschätzen zu können, soll aufgrund der besonderen Lage in Bezug auf die Energiekrise und überdurchschnittlich hohe Inflation im Rahmen der Ausnahmeregelung der Richtlinie für das Jahr 2023 ein pauschal gewährter Aufschlag von 25 % auf den jeweiligen Gesamtzuschussbetrag gewährt werden" (Drs. 23-20708). Der vorliegende Antrag greift diese Regelung auf und sieht auch für die Folgejahre eine entsprechende Mittelaufstockung vor.								Dauerhaft							
				0	+	65.000	0	+	75.000	0	+	75.000	0	+	75.000	0	+	75.000	
			JHA 21.11.24:	Dafür:			Dagegen:			Enthaltung:									

# Anlage 1.1

## Nr. 090

## Nr. 091

## Nr. 183

## BEJ (die Fraktion)

## BEJ (BIBS)

## BEJ (SPD)

Antrag NEU											
183	1.36.3630.06.04 Erziehungsberatung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	<b>Erziehungsberatungsstelle</b> Der Verein BEJ e. V. organisiert für die Stadt Braunschweig die Erziehungs-, Familien- und weitgehend auch die Jugendberatung. Dazu unterhält er die beiden Erziehungsberatungsstellen Domplatz und Jasperallee sowie die Jugendberatung BIB. Seine Ausgaben bestehen zu fast 90 % aus Personalkosten. Die Anwendung des TVöD ist mit der Stadt Braunschweig vereinbart. Aufgrund dieser Konstellation stößt das vereinbarte Verfahren zur Dynamisierung beim BEJ an seine Grenzen. Angesichts der besonderen Situation soll der BEJ daher für 2025 und 2026 aus der Dynamisierung genommen und der Haushaltsansatz einmalig durch gesonderten Beschluss festgelegt werden. Ohne die beantragten Zuschusserhöhungen müssten die Beratungskapazitäten reduziert und Berater*innen entlassen werden. Ab 2027 soll grundsätzlich zur üblichen Dynamisierung zurückgekehrt werden. Da das ansonsten bewährte Durchschnittsverfahren zur Dynamisierung in den Folgejahren die hohen Tarifaabschlüsse der vergangenen Jahre noch anteilig berücksichtigt, wird für den Doppelhaushalt 2027/2028 zu klären sein, ob beim BEJ zur Regel-Dynamisierung (Durchschnittsverfahren) zurückgekehrt werden kann oder ob erneut ein Einzelbeschluss erforderlich ist, damit dann nicht zu hoch dynamisiert wird.						Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor.  Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
			JHA 21.11.24:	Dafür:	0 + 183.100	Dagegen:	0 + 201.300	Enthaltung:	0 + 208.300	0 + 215.500	0 + 223.000
Antrag verschoben auf 21.11.24											
090	1.36.3630.06.04 Erziehungsberatung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	<b>Zuschuss für Erziehungsberatung BEJ</b> Das BEJ übernimmt die kommunale Pflichtaufgabe nach §28 SGB VIII. Mit dem vorgesehenen Zuschuss ist die Erfüllung dieser Aufgabe nicht möglich. Die Erhöhung der Zuschüsse ist notwendig, um den Betrieb der drei Braunschweiger Erziehungs-, Familien- und Jugendberatungsstellen im bisherigen Umfang mit dem vorhandenen Personal in den nächsten Jahren aufrecht zu erhalten.						Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor.  Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.  Siehe DS 24-24531
			JHA 01.10.24:	Dafür:	0 + 183.100	Dagegen:	0 + 201.300	Enthaltung:	0 + 208.300	0 + 215.500	0 + 223.000
			JHA 21.11.24:	Dafür:	12	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen	Antrag auf Verschieben 21.11.2024
Antrag verschoben auf 21.11.24											
091	1.36.3630.06.04 Erziehungsberatung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	<b>Erziehungsberatungsstelle</b> Das Angebot der Erziehungsberatungsstelle richtet sich an Eltern und junge Menschen, die bei der Lösung von Erziehungsfragen, Klärung und Bewältigung von erzieherischen Problemen und der zugrundeliegenden Faktoren sowie bei Trennung und Scheidung unterstützt werden. Diese Pflichtleistung einer Kommune im Kanon der Hilfen zur Erziehung stellt einen wesentlichen Baustein im Rahmen der psychosozialen Daseinsvorsorge für junge Menschen und deren Eltern in Braunschweig dar. Da die gewährte Dynamisierung die Tarifsteigerungen nicht abdeckt, wird derzeit eine freiwerdende Stelle einer psychologischen Fachkraft in der Jugendberatung nicht extern ausgeschrieben, solange sich keine andere Finanzentwicklung abzeichnet. Eine Reduzierung von Beratungskapazitäten würde zu einer Verlängerung der Wartezeiten von Eltern und jungen Menschen oder zu einem eingeschränkten Beratungsumfang bzw. einem eingeschränkten Beratungsangebot führen. Um erzieherische Probleme zukünftig weiterhin nachhaltig bearbeiten und lösen zu können, benötigt die Erziehungsberatungsstelle eine Erhöhung der städtischen Förderung.						Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor.  Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.  Siehe DS 24-24531
			JHA 01.10.24:	Dafür:	0 + 183.000	Dagegen:	0 + 201.000	Enthaltung:	0 + 208.000	0 + 215.200	0 + 222.700
			JHA 21.11.24:	Dafür:	12	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen	Antrag auf Verschieben 21.11.2024

# Anlage 1.1- Nr. 092

# Anlage 1.1- Nr. 093

# Kinderschutzbund (SPD)

# Kinderschutzbund (BIBS)

Antrag NEU																					
092 NEU	1.36.3630.06.05 Son. Angebote d. Fam.- bildung/-beratung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	<b>Deutscher Kinderschutzbund</b> Ergänzender Beschluss: Der Haushaltsansatz wird mit einem Sperrvermerk versehen. Der Deutsche Kinderschutzbund, Ortsverband Braunschweig e. V. hat bei der Stadt Braunschweig einen Antrag auf Erhöhung der institutionellen Förderung zum Haushaltsjahr 2025 gestellt. Der Antrag wurde bereits in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (JHA) am 01.10.2024 beraten. In einer Mitteilung an den JHA außerhalb von Sitzungen vom 31.10.2024 (Drs. 24-24531) geht die Stadtverwaltung auf Fragen ein, die in der JHA-Sitzung aufgeworfen wurden. Die Verwaltung führt aus, dass sie sich noch in klärenden Gesprächen mit dem Deutschen Kinderschutzbund befinde und die Prüfung des Antrags noch nicht abgeschlossen sei. Die Verwaltung weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, eine Entscheidung zu den entsprechenden Haushaltsanträgen mit einem Sperrvermerk zu versehen; denn „so bestünde für den Ausschuss auch nach Abschluss der Haushaltsberatungen durch den erforderlichen endgültigen Beschluss im Fachausschuss noch eine Steuerungsmöglichkeit“ (Drs. 24-24531). Dieser Antrag ersetzt den Antrag FWE 092 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.						Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor.  Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.  Es hat ein Gespräch zwischen der Verwaltung und den Verantwortlichen des Kinderschutzbundes gegeben. Die Verwaltung hat weitere notwendige Informationen angefordert, welche bisher nicht übermittelt wurden. Daraufhin hat der Kinderschutzbund um einen Sperrvermerk gebeten um diese Informationen nachzureichen, ohne dass der Antrag verfällt.  <b>Dieser Antrag ersetzt den Antrag FWE 092 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.</b>										
			JHA 21.11.24:	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:													
				0	+	89.800	0	+	89.500	0	+	92.600	0	+	95.800	0	+	99.200			
Antrag verschoben auf 21.11.24																					
093	1.36.3630.06.05  Son. Angebote d. Fam.- bildung/-beratung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	<b>Kinderschutzbund Ortsverband Braunschweig e.V.</b>  Der Braunschweiger Kinderschutzbund gestaltet seit 50 Jahren die Kinder- und Jugendarbeit. Neben Tätigkeitsbereichen wie den Schulkindbetreuungen und den Braunschweiger Familienpaten haben sich die Braunschweiger Bildungspaten seit 2015 fest etabliert. Seit 2024 ist der Verein auch gemeinsam mit der Stadt Braunschweig Träger des neu gegründeten 'Braunschweiger Netzwerks Kinderschutz', des 6. Kinderschutzzentrums in Niedersachsen. Projekte, die der Kinderschutzbund in Braunschweig für Kinder durchführt, sind die 'Nummer gegen Kummer', eine Hotline von ehrenamtlich gut geschultem						Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor.  Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.  Siehe DS 24-24531										
			FPDA	Dafür:	0	+	89.800	Dagegen:	0	+	92.900	Enthaltung:	0	+	96.200	0	+	99.600	0	+	103.100
			JHA 21.11.24:	Dafür:				Dagegen:				Enthaltung:									

# Anlage 1.1 Nr. 178 KinderPaten/Der Weg

Antrag NEU										
178	1.36.3630.16.04 Frühe Hilfen	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	<b>Kürzung bei KinderPaten / Der Weg e.V. zurück nehmen</b> Mit dem Präventionsangebot KinderPaten erreicht der Verein Der Weg e.V. Kinder aus hochbelasteten Familien. Die langjährige, fachlich begleitete Beziehungsarbeit (meist 5 Jahre oder mehr) der ehrenamtlichen Patinnen und Paten reicht in ihrem Wirkungsgrad an den einer mehrjährigen Ambulanten Sozialpädagogischen Familienhilfe heran oder übertrifft diese. Die betroffenen Kinder werden bereits in einem Alter erreicht, in dem eine Einflussnahme auf ihre Identitätsbildung noch gut möglich ist. Der Kostenaufwand für eine Patenschaft liegt derzeit bei ca. 2500,- €/ Jahr. Das entspricht ca. dem Kostenaufwand für eine SPFH im Monat. KinderPaten im Verein Der Weg e.V. bietet langfristige ehrenamtliche Beziehungsarbeit mit fachlicher Begleitung, Kalkulierbarkeit und Zuverlässigkeit auf höchstem Niveau. Das exponentiell mit der Größenordnung des Projekts steigende finanzielle Risikopotential sprengt die Finanzierungsmöglichkeit eines kleineren Vereins. Eine Finanzierung von 75% der kalkulierten Kosten durch die öffentliche Hand ist mittelfristig die unterste Voraussetzung für die langfristige Planung der ehrenamtlichen Hilfeangebote. Im Haushalt 2023/2024 betrug die städtische Zuwendung noch 27.000 Euro. Erst am 28. Oktober informierte der Verein die Fraktionen, dass erst zu diesem Zeitpunkt eine Information des FB 51 erfolgt sei; wonach es im Haushalt 2025/2026 zu einer Kürzung in Höhe von 10.000 Euro kommen soll. Das würde bedeuten, dass deutlich weniger Kinder fachlich begleitet werden können. Zudem überlegt der Verein das Angebot gleich ganz in den Landkreis WF zu verlegen; wo eine Vollfinanzierung gesichert sein soll. Dazu darf es nicht kommen.					Dauerhaft	
			JHA 21.11.24:	Dafür:	Dagegen:	Enthaltung:				



# Anlage 1.3 431810

# Schulkindbetreuung

Verschoben auf 21.11.2024																
1.36.3650.03.08 Schukibetreug. Schulen/KoGS, Freie Träger	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Schulkindbetreuung: Einplanung entsprechend des Mittelbedarfs										siehe DS 24-24531				
		0	-	418.500	0	-	418.500	0	-	418.500	0		-	418.500	0	-
Jugendhilfeausschuss:		Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:										